

Pressemitteilung

Antragsteller EEW berücksichtigt für die Neuplanungen in Stapelfeld nicht den aktuellen Stand der Technik (BVT)

Im Dez. 2019 fand auf Einladung vom Landesumweltamt (LLUR) der Anhörungstermin für die Einwende zum strittigen Neubau der Abfallverbrennungsanlagen in Stapelfeld (S-H) statt. Der Erörterungstermin in Großhansdorf für die beiden mit einer geplanten Gesamtkapazität von ca. 500.000 Tonnen pro Jahr geplanten Anlagen war alles andere als bürgerfreundlich. Anwesende äußerten immer wieder ihre Bedenken gegen die LLUR-Verfahrensleitung, die eher im Sinne des chinesischen Antragstellers EEW agierte, statt Bürgerinteressen für den Umweltschutz wahrzunehmen. Viele berufstätige Einwender hatten sich extra für die Anhörung freigenommen, um die ihnen wichtigen Themen zum Schutz der Umwelt anzuhören. Doch die Tagesordnung wurde im Laufe der Anhörung von der Behörde mehrfach geändert. So wurden mehrere Themenbereiche gar nicht behandelt, oder zugunsten der Gutachter der EEW und des LLUR vorgezogen, so dass von Vereinen bezahlte Experten für ihre Themen nicht teilnehmen konnten, bzw. nicht angehört wurden. Während der Anhörung zeigten sich zahlreiche erhebliche Mängel der EEW-Anlagenplanung. Doch diese Mängel wurden überwiegend als „unbeachtliche Verfahrensmängel“ von der Genehmigungsbehörde abgetan.

Auf der Anhörung wurden auch weitere Planungen von Klärschlammverbrennungsanlagen in der Metropolregion Hamburg angesprochen. In der Region sind 8 weitere Anlagen, plus Ausbau der Hamburger VERA-Anlage für ca. 100.000 t/TS Klärschlamm geplant. Es zeigte sich, dass bei Bau der EEW-Anlage in Stapelfeld ca. 40.000 t Überkapazitäten errichtet werden – die nur durch Mülltourismus aus anderen Herkunftsgebieten ausgelastet werden kann.

Von den Umweltvereinen BIG! Stapelfeld, DAS BESSERE MÜLLKONZEPT S-H, der BUND Kreisgruppe Stormarn und dem NABU Stormarn wurde als wesentlicher Mangel festgestellt, dass vom Antragsteller EEW der sofort anzuwendende und rechtsgültige Durchführungsbeschluss (EU-Amtsblatt Az: C(2019) 7987) zur bestverfügbaren Technik (BVT) für beide geplanten Abfallverbrennungsanlagen nicht berücksichtigt wurde. Der Anwalt der EEW bestritt die sofortige Anwendbarkeit des EU-Beschlusses für den geplanten MVA und KVA-Neubau.

Daraufhin stellten die Vereine den Antrag auf Aussetzung des Verfahrens, mit dem Ziel, dass der Antragssteller EEW den BVT-Beschluss in den Antragsunterlagen nachbessert, die dann erneut öffentlich auszulegen sind. Obwohl das LLUR einräumte, dass der Antrag vom Verein DBMK S-H rechtens sei, dass der BVT-Durchführungsbeschluss auch für diese beiden Genehmigungsverfahren anzuwenden ist, wurde der Antrag auf Aussetzung des Anhörungstermins dennoch vom Landesumweltamt abgelehnt. Die Teilnehmer des Erörterungstermins sahen sich daher gezwungen, bei jedem aufgerufenen Tagesordnungspunkt wiederholt darauf hinzuweisen, dass der BVT-Durchführungsbeschluss von der EEW nicht berücksichtigt wurde, somit die beiden Antragsunterlagen unvollständig und diese nachzubessern sind.

Weiteres Aufsehen erlangte die Aussage, dass der Antragsteller EEW keine Verpflichtung zum Rückbau der alten MVA sieht. Daher ist davon auszugehen, dass sowohl die Altanlage, sowie der Schornstein mit 110m Höhe auch in Zukunft das Landschaftsbild neben dem FFH-Gebiet beeinträchtigen wird. Für den Probetrieb der MVA-Neuanlage sind 21 Wochen Parallelbetrieb vorgesehen - jedoch ohne Angabe eines Zeitfensters, wann diese Frist endet.

Der vom LLUR beigeladene Toxikologe Dr. Kruse, Uni Kiel referierte bürgernah zu den Schadstoffen der geplanten Abfallverbrennungsanlagen. Er hält den geplanten Schadstoffausstoß von Stickstoffdioxiden, Arsen, Stäuben und Nanopartikel für besonders bedenklich. Bei der EEW-Neuanlagenplanung werde z.B. die Konzentration von Arsen voll ausgeschöpft.

Auch die besonders gefährlichen Benzo(a)pyrene stimmten ihn bedenklich, denn diese Stoffe gelten als krebserregend. Dr. Kruse hält die zu hohe Belastung von Schwermetallen wie Thallium und Cadmium, sowie die Dioxine/Furane und dioxinähnlichen PCB für gefährlich. Die lungengängigen Feinstäube, hier i. B. die nicht per Messungen erfassten gefährlichen PM 2,5 Feinstäube blieben bei der Planung der beiden Verbrennungsanlagen außer Acht. Er führte aus, dass diese PM-2,5 Partikel weitere Schadstoffe binden, die lungengängig sind, sowie dass diese Giftstoffe in die Lunge und in die Blutbahn transportiert werden. Laut der neuen TA Luft soll der Feinstaub PM 2,5 zukünftig gemessen werden. Der Antragsteller EEW sah hier keinen Handlungsbedarf dies bei den geplanten 2 Anlagen zu berücksichtigen.

Am 3. Anhörsungstag war absehbar, dass nicht alle Tagesordnungspunkte behandelt werden. Das LLUR selbst kündigte gegen Ende des Tages an, dass der Erörterungstermin am 13.12.2019 fortgesetzt wird. Von den Anwesenden wurde dies abgelehnt. Es wurde beantragt den Termin erst nach den Feiertagen fortzusetzen. Doch anstatt ihrer eignen Ankündigung nachzukommen, wurde vom LLUR das Ende der Anhörung am 12.12.2019 wesentlich überschritten. Daraufhin verließen die Einwender unter Protest die Anhörung. Alle restlichen Tagesordnungspunkte, vom LLUR zuvor für den nächsten Tag angekündigt, wurden daraufhin ohne die Einwender erörtert und im Schnellgang durchgezogen. Die von der Behörde für den 13.12.2019 angekündigte Fortsetzung des Erörterungstermins fand nicht statt. Einwender, die diese LLUR-Ankündigung ernst genommen hatten, standen vor verschlossener Tür.

Die Vereine kündigen wegen dieser und zahlreicher weiterer Verfahrensmängel zum Anhörungstermin eine Dienstbeschwerde beim Umweltministerium an. Hierbei soll u.a. angeführt werden, dass vom Landesumweltamt im Juni 2019 der Tagungsort mit einer falschen Adresse amtlich bekannt gegeben wurde. Die Akteneinsicht der Antragsunterlagen wurde vom LLUR mit falschen Öffnungszeiten bekannt gemacht. Die korrigierte amtliche Bekanntmachung wurde im Internet, in der Presse und in den Amtsblättern ohne eine Frist zur Abgabe der Einwende veröffentlicht. Ohne vorherige Presseinfos wurde vom LLUR der Tagungsort für die Anhörung in die Mehrzweckhalle in das über 30 km entfernte Elmenhorst verlegt.

Erst nach Protesten wurde als Anhörungsort von der Behörde wieder das ursprünglich genannte Großhansdorf gewählt. Doch diese kurzfristige Verlegung des Tagungsortes führte zu Verwirrungen, über die die Einwender in der Presse nur unzureichend informiert wurden. Diese und weitere Mängel des Erörterungstermins werden ein rechtliches Nachspiel haben. Für das weitere Verfahren wurde ein Rechtsbeistand mit einer Klage beauftragt.

V.i.S.d.P.:

Datum: 31.12.2019

Gerhard Schack und Katrin Delfs, für den Verein BIG! Stapelfeld e.V.

K. Koch für den Verein
DAS BESSERE MÜLLKONZEPT S-H

HERZLICH WILLKOMMEN

CDU

MENU



NEIN ZUR KLÄRSCHLAMMVERBRENNUNG

Uns stinkt's: Wir sagen NEIN zum Fäkalien-Ofen in Rostock

SAGEN SIE AUCH NEIN – Nutzen Sie ihre Stimme bei der Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 🗳️🗳️🗳️

BRIEFWAHL - JETZT BEANTRAGEN UND BEQUEM VON ZU HAUSE WÄHLEN

Mit einer starken CDU in der Bürgerschaft helfen Sie uns, das Vorhaben zu stoppen!

Die CDU will das Vorhaben der Klärschlamm-Kooperation Mecklenburg-Vorpommern (KKMV) stoppen, in Rostock-Bramow eine Verbrennungsanlage Wasser- und Abwasserverbänden aus Mecklenburg-Vorpommern zu bauen. In der Anlage sollen bis zu 100.000 Tonnen Nass-Klärschlamm (25.000 Klärschlamm) verbrannt werden. Das ist mehr als die Hälfte des jährlichen Aufkommens an Klärschlamm in Mecklenburg-Vorpommern. Die Verbrer Grünfläche (laut aktuellem Flächennutzungsplan der Stadt) an der Warnow entstehen.



Kartendaten © 2019 GeoBasis-DE/BKG (©2009),Google 1 km

Oberbürgermeister Roland Methling (UFR), SPD, Rostocker Bund (Sybille Bachmann)/Graue/Aufbruch 09 und vor allem die GRÜNEN setzen sich ge Bevölkerung und etlicher gesellschaftlicher Gruppierungen für den Bau dieser Verbrennungsanlage ein.

Ab 2029 ist es dabei bundesgesetzliche Pflicht, aus der Asche der Verbrennung PHOSPHOR zu gewinnen. Das Konzept der KKMV sleht das aber NIK Phosphorrecycling wird auf die lange Bank geschoben Damit ist diese Anlage weder innovativ noch zukunftsfähig. Im Übrigen entsteht im mecklen auch eine Anlage für 160.000 Tonnen Klärschlamm. Eine Notwendigkeit für die Rostocker Anlage gibt es nicht!

Die CDU hatte in der Bürgerschaft dafür geworben, erst die diversen Fragen und Probleme des wirtschaftlichen Konzeptes aufzuarbeiten und vor al MENSCH und NATUR in Erfahrung zu bringen, um überhaupt darüber entscheiden zu können. Die oben Genannten hat das nicht Interessiert.

WEITERE ARGUMENTE:

- o **Schadstoffbelastung:** Die CDU wollte eine Umweltverträglichkeitsprüfung VOR dem Genehmigungsverfahren und VOR einem politischen Bes geworden, welche Belastungen tatsächlich auf die Bürgerinnen und Bürger und die Umwelt zukommen.
- o **Hohes Risiko für den Gebührenzahler:** Der Wirtschaftsplan der KKMV enthält Fördermittlangaben, die nicht zutreffen. Den Aufpreis zahlen S
- o **Fehlende Angaben zu Transporten der Aschen – CO2-Bilanz damit fehlerhaft und nichtig!** Fakt: 2000 zusätzliche LKWs fahren mindestens zusaß Es werden aber weitaus mehr, denn diese Angaben fehlen im Konzept!
- o **Wärmeconcept der KKMV gescheitert:** Vortrocknung in Stavenhagen wird es nicht geben (Hier soll auch eine Anlage entstehen)

HERZLICH WILLKOMMEN

CDU

MENU



dazugehörige Gewerbegebiet ("Ehemaliger Schlachthof") soll dabei Expansionsflächen für Unternehmen anbieten, um Hochtechnologie-Arbeitsplätze setzen wir jetzt den Fäkalien-Ofen vor die Nase!

- o Die Verbrennungsanlage soll unmittelbar an der Warnow stehen. Damit wird eine attraktive Fläche für eine Klärschlammverbrennungsanlage ver
- o Von den 15 Gesellschaftern (Wasser- Abwasserverbände aus M-V) der KKMV wurden nur 6 als Standorte geprüft.
- o Flächennutzungsplan (F-Plan) wird ad absurdum geführt! Ohne Beteiligung der Bürgerschaftsgremien hat Oberbürgermeister Roland Methling d Fäkalienofen entstehen soll) aus dem F-Plan genommen. Der neue F-Plan wird gegenwärtig unter größter Öffentlichkeitsbeteiligung erarbeitet. Die wenn ein Oberbürgermeister ohne jedwede Beteiligung aus einer Grünfläche an der Warnow ein Industriegebiet machen kann!

WEITERE INFORMATIONEN:

- [Link zum Antrag CDU-Fraktion Bürgerschaft](#)
- [Link zur Bürgerinitiative Pro Recycling e.V.](#)

Anschrift

CDU Kreisverband Hansestadt Rostock

Im Web[CDU Deutschlands](#)[CDU Mecklenburg-Vorpommern](#)[Junge Union Rostock](#)**Links**[Impressum](#)[Kontakt](#)[Datenschutz](#)